

## **Transparente Offenlegung und Aufklärung über die Bauvorhaben an den Krefelder Schulen und deren Finanzierbarkeit!**

Das Ricarda-Huch Gymnasium sollte laut Verwaltung zum modernsten Gymnasium Krefelds gemacht werden. Der ursprüngliche Zeitplan sah eine Fertigstellung der Baumaßnahmen bis 2020 vor. Nach mehreren Bauverzögerungen sieht der neue Zeitplan eine vorläufige Fertigstellung bis Mitte 2021 vor. "Leider gehören Bauverzögerungen mittlerweile zum Standard in Krefeld. Ob es bei einer endgültigen Fertigstellung der Maßnahmen bis 2021 bleibt, darf bezweifelt werden.", so der schulpolitische Sprecher der FDP-Stadtratsfraktion, Alexander Schmitz.

Unverständlich ist für die Liberalen die finanzielle Planung der Baumaßnahmen an der Schule. "Wie kann es sein, dass die Stadt das RHG zum modernsten Gymnasium der Stadt ausbauen möchte und jetzt nicht annähernd genug Finanzmittel zur Verfügung stehen?", fragt Schmitz. Von den geplanten "neuen Böden, Wänden, Decken, elektrischen Anlagen, Sanitäranlagen und der modernen Medienausstattung" kann laut Auskunft nur eine Sache in diesem Jahr realisiert werden.

Auffällig finden die Freien Demokraten, dass es solche massiven Sanierungsstaus nicht bei den beiden neuen Gesamtschulen gegeben hat. "Das legt für uns den Schluss nahe, dass es sich bei den beiden Gesamtschulen für den Oberbürgermeister um Prestigeobjekte gehandelt hat und den Gesamtschulen generell eine höhere Priorität beigemessen wird. Das wurde in der jüngeren Vergangenheit schon an anderen Stellen deutlich.", sagt Schmitz.

Kritisch sehen die Liberalen auch die sogenannte "lebende Liste" der Schulbaumaßnahmen. "Für schulische Maßnahmen stehen der Stadt in den nächsten Jahren ca. 141 Millionen Euro zur Verfügung, auch und insbesondere durch Fördermittel von Bund und Land. Dennoch wird das Geld nicht für alle 1000 Maßnahmen ausreichen, die in der Liste aufgeführt werden. Bestimmte Projekte werden rausfallen.", so Schmitz. Daher fordert die FDP-Krefeld eine transparente Offenlegung der Liste, mit den entsprechenden Maßnahmen. "Eine transparente und nachvollziehbare Offenlegung der Liste wäre nur fair den Schulen gegenüber. Die Schulen und Eltern haben ein Recht auf diese Informationen, damit sie nicht in den Glauben gelassen werden, es passiert jetzt etwas und dann geschieht doch nichts oder nur mit enormen Verzögerungen.", sagt Schmitz abschließend.